

hensweise auch auf andere Staaten der Region angewandt werden.

Die Ausdehnung dieser Politik auf die Sowjetunion oder gewisse Republiken, aus denen sie heute aufgebaut ist, muss im Lichte des dort laufenden Umwandlungsprozesses untersucht werden.

Allerdings wird diese Politik alleine noch keine paneuropäische Freihandelszone schaffen. Nur durch zusätzliche Verträge zwischen den mittel- und osteuropäischen Ländern, den Efta-Staaten und der EG kann eine Homogenität der Regeln erreicht werden. Auch in diesem Bereich bemüht sich die Schweiz, die Kompatibilität der verschiedenen Regimes zu verbessern.

Der Bundesrat erachtet eine solche Politik deshalb nicht als Alternative, sondern als Zusatz zu seiner Politik der europäischen Integration.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates*

*Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

*Ueberwiesen als Postulat – Transmis comme postulat*

90.673

## Motion Bundi

### Lenkungsabgabe auf Treib- und Brennstoffen

### Taxe d'incitation sur les carburants et les combustibles

*Wortlaut der Motion vom 17. September 1990*

Der Bundesrat wird beauftragt, so rasch als möglich eine Lenkungsabgabe auf fossilen Treib- und Brennstoffen einzuführen, entweder über den Benzin- und Oelpreis oder in der Form einer CO<sub>2</sub>-Abgabe. Die Mittel sollen zur Verbilligung der Tarife des öffentlichen Verkehrs, für gezielte Energie- und Umweltschutzmassnahmen sowie als Beiträge an die Krankenkassen eingesetzt werden.

*Texte de la motion du 17 septembre 1990*

Le Conseil fédéral est chargé d'introduire le plus rapidement possible une taxe d'incitation sur les carburants et les combustibles fossiles, soit en augmentant le prix de l'essence et du pétrole, soit sous la forme d'une taxe sur le CO<sub>2</sub>. Les fonds ainsi obtenus serviront à réduire les tarifs des transports publics, à financer des mesures appropriées en matière d'économie d'énergie et de protection de l'environnement et à alimenter les caisses-maladie.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Ammann, Bäumlín, Bircher Silvio, Bodenmann, Borel François, Braunschweig, Brügger Cyrill, Carobbio, Danuser, Eggenberger Georges, Euler, Fankhauser, Haering Binder, Hafner Ursula, Haller, Jeanprêtre, Lanz, Leuenberger Ernst, Longet, Matthey, Mauch Ursula, Neukomm, Pitteloud, Rechsteiner, Reimann Fritz, Stappung, Uchtenhagen, Ulrich, Vollmer, Ziegler Jean, Züger (31)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Die Situation des vergangenen Sommers mit den häufig über den zulässigen Grenzen liegenden Ozonwerten zeigt, dass die bisherigen Massnahmen nicht genügen. Die Luftverunreinigung hat eine Grenze erreicht, da nicht nur Pflanzen und Tiere, sondern zunehmend auch Menschen darunter leiden. Entschiedenere, wirksamere und raschere Massnahmen drängen sich auf.

Die Realisierung des bisher diskutierten fahrleistungsabhängigen Oekobonus scheint dem Vernehmen nach auf grosse Schwierigkeiten zu stossen (die Messgeräte sollen bei vielen Fahrzeugen nicht montierbar sein). Die mit dieser Motion vorgeschlagene Lenkungsabgabe hat zum Ziel, den Verbrauch von fossilen Treib- und Brennstoffen und damit den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu reduzieren und die Sparer zu belohnen. Die anvisierte Verwendung der Mittel entspricht dem Verursacherprinzip.

Die Lenkungsabgabe soll einmal erreichen, dass mehr Leute vom individuellen Motorfahrzeug auf das öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Wer das öffentliche Verkehrsmittel benützt, wird begünstigt. Die Begünstigung im Sinne von Tarifreduktionsbeiträgen kann der Bund direkt in seinem Bereich vornehmen (SBB, PTT und konzessionierte Unternehmungen), aber auch noch indirekt Kantonen und Gemeinden (z. B. zugunsten von günstigen Umweltabonnements oder Nulltarifen etc.) zukommen lassen. Für abgelegene Berggebiete wären spezielle Förderungsmassnahmen (wie z. B. umweltfreundliche Ruftaxis etc.) ins Auge zu fassen. Von solchen Massnahmen darf ein erheblicher Umsteigeeffekt erwartet werden.

Ein Teil der Erträge der Lenkungsabgabe soll alsdann gezielt für Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen eingesetzt werden. So soll in erster Linie der Sektor der alternativen Energien gefördert werden, insbesondere Pilotprojekte für Solarfahrzeuge und treibstoff-, abgas- und lärmarme Motorfahrzeuge (Forschung, Entwicklung und Erstserienherstellung). Auch das Energiesparen im Bereiche der Wärme- und Haustechnik sowie der industriellen Produktion soll aus den Mitteln der Abgabe gefördert werden. Finanzielle Anreize sind eine Möglichkeit, den Verbrauch fossiler Brenn- und Treibstoffe zu vermindern.

Neuerdings auftretende Krankheiten weisen auf Zusammenhänge mit der Luftverschmutzung hin. Im Sinne des Kausalzusammenhangs soll deshalb ein weiterer Teil der Erträge der Lenkungsabgabe als Beitrag an die Krankenkassen verwendet werden.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates*

*von November 1991*

(Siehe Seite 2082 hiervor)

*Rapport écrit du Conseil fédéral*

*de novembre 1991*

(Voir page 2088 ci-devant)

Wir verweisen auf Teil II, Ziffern 15 und 16, unserer Stellungnahme.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates*

*Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

**Präsident:** Der Vorstoss wird von Herrn Scherrer Jürg bekämpft. Die Diskussion wird verschoben.

*Verschoben – Renvoyé*

90.715

## Motion der LdU/EVP-Fraktion Marktwirtschaftliche Energiepolitik

### Motion du groupe AdI/PEP Politique énergétique axée sur l'économie de marché

*Wortlaut der Motion vom 24. September 1990*

Aufgrund der Annahme des Energieartikels und der Moratoriums-Initiative am 23. September 1990 drängt sich die Anwendung zusätzlicher, vor allem marktwirtschaftlich ausgestalteter, energie- und umweltpolitischer Instrumente auf.

1. Der Bundesrat wird ersucht, Vorkehren zu treffen, welche die Elektrizitätsproduzenten veranlassen, die Stromtarife nach den Grenzkosten auszurichten. Entsprechende Massnahmen sind entweder im Energiennutzungsbeschluss oder aufgrund bestehender Kompetenzen (zum Beispiel Art. 24quater BV) vorzusehen.

2. Der Bundesrat wird ersucht, eine Energieabgabe einzuführen (zum Beispiel aufgrund des geltenden Umweltschutzrechts), mit der im Sinne des Verursacherprinzips eine Internalisierung der Emissions-, Sicherheits- und Entsorgungskosten, die bisher nicht von den Anbietern getragen werden, anzustreben ist.

3. Der Bundesrat wird ersucht, den Einsatz der finanziellen Mittel im Bereich der Energieforschung zugunsten von Impulsprogrammen für umweltfreundliche, einheimische und dezentrale Energieträger sowie rationelle Energienutzung umzulagern.

#### *Texte de la motion du 24 septembre 1990*

Après l'acceptation de l'article constitutionnel sur l'énergie et du moratoire nucléaire, le 23 septembre 1990, il est urgent de mettre en place de nouveaux instruments visant à axer la politique énergétique sur l'économie de marché et la protection de l'environnement. Le Conseil fédéral est donc prié de prendre les mesures suivantes:

1. Inciter les producteurs de courant électrique à calculer leurs tarifs en fonction des coûts marginaux. Les dispositions pertinentes seront soit insérées dans l'arrêté sur l'utilisation de l'énergie, soit fondées sur les compétences existantes (par exemple l'article 24quater Cst).

2. Instituer une redevance sur l'énergie (par exemple en vertu de la législation relative à la protection de l'environnement), de manière à internaliser les coûts liés aux émissions, à la sécurité et à l'élimination des déchets, conformément au principe du pollueur-payeur, dans la mesure où ces frais ne sont pas encore supportés par ceux qui les occasionnent.

3. Orienter l'utilisation des moyens financiers afférents à la recherche énergétique en faveur de programmes de promotion de l'utilisation rationnelle et décentralisée d'énergies indigènes ménageant l'environnement.

*Sprecher – Porte-parole: Jaeger*

#### *Schriftliche Begründung*

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

#### *Développement par écrit*

Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite.

#### *Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates*

*von November 1991*

(Siehe Seite 2082 hiervor)

Für Punkt 1 der Motion verweisen wir auf Teil II, Ziffern 3 und 17, für Punkt 2 auf Ziffern 15 und 16, für Punkt 3 auf Ziffer 10 der Stellungnahme.

#### *Rapport écrit du Conseil fédéral*

*de novembre 1991*

(Voir page 2088 ci-devant)

Nous vous renvoyons à la partie II de notre réponse, aux chiffres 3 et 17 pour le premier point de la motion, aux chiffres 15 et 16 pour le point 2 et au chiffre 10 pour le point 3.

#### *Schriftliche Erklärung des Bundesrates*

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

#### *Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat.

**Präsident:** Der Vorstoss wird von Herrn Scherrer Jürg bekämpft. Die Diskussion wird verschoben.

*Verschoben – Renvoyé*

90.716

### **Motion Ruf** **Erforschung erneuerbarer Energien** **Recherche dans le domaine** **des énergies renouvelables**

#### *Wortlaut der Motion vom 24. September 1990*

Nach der Annahme des Volksbegehrens «Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)» einerseits und des Energieartikels 24octies der Bundesverfassung andererseits gilt es, die durch die Moratoriums-Initiative entstandene Denkpause aktiv für die Erforschung erneuerbarer Energien zu nutzen, damit nach Ablauf der zehnjährigen Frist ein ausreichendes Energieangebot zur Verfügung steht, um den Energiebedarf künftig ohne Atomstrom decken zu können und den definitiven Ausstieg aus der Kernenergie zu beschliessen.

Der Bundesrat wird deshalb beauftragt:

1. die bisher jährlich für die Kernenergieforschung verwendeten Bundesgelder künftig für die Erforschung, Entwicklung und Erprobung von Techniken zur Nutzung umweltfreundlicher, erneuerbarer Energiequellen (namentlich der Sonnenenergie, der Windenergie und der Bioenergie) einzusetzen;
2. darüber hinaus zusätzliche Mittel für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

#### *Texte de la motion du 24 septembre 1990*

Après l'acceptation par le peuple suisse de l'initiative pour un moratoire nucléaire et de l'adjonction d'un article 24octies sur l'énergie dans la Constitution fédérale, il convient d'exploiter activement le moratoire en procédant à une étude des énergies renouvelables. Il faut en effet qu'au bout des dix années prévues, notre pays dispose d'un choix suffisant de formes d'énergie pour pouvoir couvrir ses besoins sans recourir aux centrales atomiques et pouvoir décider de renoncer définitivement au nucléaire.

Le Conseil fédéral est donc chargé:

1. de consacrer dorénavant les sommes prévues jusqu'ici chaque année pour la recherche nucléaire, à l'étude, au développement et à l'application de techniques exploitant des sources d'énergie renouvelables (écologiques), telles que l'énergie solaire, l'énergie éolienne et la bioénergie;
2. de libérer des fonds supplémentaires à cet effet.

*Mitunterzeichner – Cosignataires: Steffen*

(1)

#### *Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

#### *Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates*

*von November 1991*

(Siehe Seite 2082 hiervor)

*Rapport écrit du Conseil fédéral*

*de novembre 1991*

(Voir page 2088 ci-devant)

Wir verweisen auf Teil I sowie auf Teil II, Ziffer 10, unserer Stellungnahme.

## **Motion der LdU EVP-Fraktion Marktwirtschaftliche Energiepolitik**

## **Motion du groupe Adl/PEP Politique énergétique axée sur l'économie de marché**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.715
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.12.1991 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2486-2487
Page	
Pagina	
Ref. No	20 020 727

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.